

Deutschland und Türkei Hand in Hand

Am 21. Januar hat die Türkei den in Nordsyrien gelegenen kurdischen Kanton Afrin militärisch überfallen. Deutsche Panzer rollen ganz vorne voran. Ohne Rückendeckung oder mindestens Duldung der Großmächte Russland, USA und Europa – allen voran Deutschland -, würde der türkische Regierungschef Erdogan solch ein Vorgehen nicht wagen.

Kampfschauplatz Syrien

Seit etlichen Jahren ist Syrien Schauplatz der verschiedenen Interessen der imperialistischen Groß- und Regionalmächte. Erdogan versucht ebenso den türkischen Einfluss in der Region geltend zu machen. Oberflächlich wird vom Krieg gegen den Terror gesprochen – jedoch gibt es in der kurdischen Region Afrin keinerlei Stellungen des IS mehr – dafür tausende Familien. Als es den IS dort gab, hatte es Erdogan gar nicht so eilig dort einzumarschieren. Die türkische Armee führt seit langem Krieg gegen die Kurden in der Türkei. Dieser Krieg hat nun die Grenze zu Syrien überschritten. Der Zeitpunkt ist sicher gut gewählt: Es geht ihm vor allem auch darum im eigenen Land für Ruhe zu sorgen. Nächstes Jahr sind Wahlen und Erdogan setzt darauf, mit dieser nationalistischen Kampagne die Probleme in der Türkei zu übertünchen. Denn die Regierungspartei AKP läuft Gefahr, ihre Mehrheit zu verlieren. Sie kann seit dem angeblichen Putschversuch 2016 nur noch durch krasse Repression und ständigen Ausnahmezustand regieren.

Die Kurden wurden als Kanonenfutter missbraucht

Noch vor nicht allzu langer Zeit waren die Kurden Verbündete im Kampf gegen den IS. Die Kurden in Syrien erhielten Waffen und Logistik genauso wie die kurdischen Peschmerga im Norden Iraks, die maßgeblich von der Bundeswehr ausgebildet und aufgerüstet werden. Doch die kurdischen Milizen und auch die vielen Zivilisten in der Region sollen nun sehen wo sie bleiben. Jetzt, wo sie sich gegen das türkische Militär zur Wehr setzen müssen, gibt es nicht einmal deutliche verbale Kritik am Kriegstreiben der Türkei. Im Gegenteil: Sprecher der Bundesministerien haben Verständnis, man müsse die legitimen Sicherheitsinteressen der Türkei berücksichtigen. Merkel schweigt. Wenn das nicht Rückendeckung zum Krieg ist, was dann? Außenminister Gabriel trank noch vor kurzem lecker Tee mit seinem türkischen Kollegen Çavuşoğlu und versprach – bevor er jetzt überstürzt zurückrudern musste -, sich dafür einzusetzen, dass der Konzern Rheinmetall die Panzer der Türkei modernisiert. Solche Panzer rollen durch die Kurdenregion und bringen Zerstörung. Die Bundeswehr mischt überall im Nahen Osten mit und

auch das Geschäft mit den Waffen läuft. Die Türkei ist neben Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten einer der regelmäßigen Kunden deutscher Rüstungsexporte.

Exportschlager Rüstung

Die Presse hat gerade veröffentlicht, dass die große Koalition in den vergangenen vier Jahren deutlich mehr Rüstungsexporte genehmigte als die Vorgängerregierung von Union und FDP. Der Gesamtwert der Lieferungen lag von 2014 bis 2017 bei 25,1 Mrd. Euro und damit 21 % höher als in den Jahren der schwarz-gelben Koalition. Die Lieferungen in Drittstaaten außerhalb von EU und Nato nahmen sogar um 47 % auf 14,48 Mrd. Euro zu. Alleine im vergangenen Jahr wurden Rüstungsgüter im Wert von 3,79 Mrd. Euro an diese sogenannten Drittländer exportiert. Das sind 127 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Der deutsche Staat gehört zu den größten Waffenhändlern der Welt!

Flüchtlinge als Spielball

Die deutsche Regierung gibt Erdogans Offensive auch Rückendeckung wegen der sogenannten Flüchtlings-Deals. Die Türkei soll dafür sorgen, dass die „unliebsamen Nebenwirkungen“ der Waffendeals und Kriege – die Flüchtlinge - vor der europäischen Grenze aufgehalten werden, so als Türsteher Europas quasi. Und diese Tür sind beispielsweise mehrere Flüchtlingslager in der Region Afrin. Die Lage dort ist schrecklich und eine wirkliche Katastrophe und sie wird sich mit der Offensive verschlimmern. Den Machern dieser Deals ist das egal. Wichtig ist nur, dass diese Menschen nicht nach Europa kommen.

Wer Menschenrechte sagt, der lügt

Die deutsche Politik im Interesse der Wirtschaft verschärft also das Elend für viele Millionen Menschen. Vergessen wir das nicht, wenn sie mit dem Finger auf den „Diktator Erdogan“ zeigen.

Nötige Sofortmaßnahmen in Anbetracht der katastrophalen Lage in der Region sind stattdessen: Ein Stopp aller (!) Rüstungsverkäufe! Bundeswehr raus aus der Türkei – und anderswo! Bleiberechte, Arbeiterlaubnis und Familiennachzug für alle Flüchtlinge!

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Müller und Giebe entsetzt

Zwei Drittel der Gewerkschafter der CFM haben das Angebot der CFM Geschäftsführung zurück gewiesen. Auch wenn 11, 50 Euro für viele eine Lohnsteigerung darstellen, wurde das Angebot abgelehnt, weil es keine Angleichung an den TVöD vorsieht. Sagen wir es ganz plakativ: CFM allein mit wenigen hundert Streikenden - 11,50 Euro! CFM und Charité gemeinsam im Streik-TVöD!?

Ein Betrieb, ein Tarifvertrag

Die CFM gehört nun bald zu 100% der Charité. Für viele von uns Charitélern war schon immer klar, wir arbeiten in einem Betrieb und gehören zusammen. Schluss mit der Spaltung. Ob Ärztin, Reinigungskraft oder Schwester. Ein Tarifvertrag für uns alle in der Charité. Wir finden, es ist nun an der Zeit, den Kolleg_innen in der CFM für ihren mutigen Beschluss auf die Schulter zu klopfen und mit ihnen zu diskutieren, wie wir gemeinsam für einen Tarifvertrag an der Charité und Entlastung in allen Berufsgruppen kämpfen können. Bei der Arbeit, in den Pausen, bei den Gewerkschaftstreffen oder in der Sportgruppe.

Nachtschichten gefährden die Gesundheit

Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt, dass Frauen, die in Nachtschichten arbeiten, ein erhöhtes Risiko haben, an Brust-, Magen- oder Hautkrebs zu erkranken. Am größten wäre das Risiko bei Krankenschwestern. Als ein Grund dafür wurde angegeben, dass die Schichten nachts manchmal anstrengender sind als am Tag. Wenn Stress auf Arbeit, egal ob Tag oder Nacht, die Ursache vieler Probleme ist, dann haben wir eine Lösung: keine Nacht allein, 1:5 auf Normalstation und 1:2 auf der Intensiv!

Fachkräftemangel in Theorie ...

In den letzten Jahren wurden zehntausende Pflegestellen durch Klinikvorstände und mit dem Segen der Krankenkassen gestrichen. Das Ergebnis: eine Pflegekraft betreut 13-15 Menschen, Kolleg_innen bekommen Burn-Out, werden krank und viele drehen dem Pflegeberuf den Rücken zu. Seit vielen Jahren wird Pflege nur noch als „Kostenfaktor“ gesehen, doch wie sagte Pflegeforscherin Linda Aiken neulich im Fokus: „*Wer bei den Pflegenden spart, verschuldet nachweislich und mutwillig enorme Folgekosten und den vermeidbaren Tod ungezählter Patienten.*“ Darüber sollte auch mal Einhäupl nachdenken.

... und in der Praxis.

Wie wertvoll Pflege ist, zeigt auch der krasse Pflegenotstand bei unseren Kolleg_innen in München. Mittlerweile werden in fast allen Münchner Kliniken Betten gesperrt und es fehlt selbst nach Meinung der Chefs bis zu 10% an Personal. Zum Teil werden Werbepremien von 8.000 Euro gezahlt, wenn neue Kolleg_innen angeworben werden. Es kam sogar vor, dass Headhunter in anderen Krankenhäusern Fachkräfte abwerben wollten. Dies bestätigt noch einmal, wie berechtigt unsere Forderungen während der Streiks waren und es immer noch sind – denn ohne uns läuft nichts!

Wer hat's erfunden?

Ver.di? GKL? Ehrlich gesagt, es ist uns egal, welche Gewerkschaft sich nun am lautesten feiern lassen will. Ja wirklich gut, dass die Besserstellungen aus dem TV-C trotz TVöD weiter gelten. Doch zur Klarstellung, auch damit kann die Charité nicht unser Stillhalten erkaufen. Im besagten TVöD ist eine neue Eingruppierungsordnung für die Pflege enthalten. Und wir fordern dringend von den tarifführenden Gewerkschaften klare, auf den Einzelfall bezogene Berechnungen und Beratungen, ob ein Höhergruppierungsantrag sich nun lohnt oder eben nicht. Die Charité selbst wird ja nun mal Entscheidungen zu diesen Anträgen treffen. Ein Tarifvertrag, der so offen gestaltet ist, dass die Gewerkschaften sich nicht trauen, Beratungen vorzunehmen, gehört dringend vereinfacht. Der Kampf um bessere Löhne gehört in den Betrieb und nicht vor Gericht.

Ultimatum in Homburg

Die Beschäftigten der Krebsstation an der Uniklinik in Homburg hatten den Kanal voll. Von nichtgehaltenen Versprechen über mehr Personal und von miesen Arbeitsbedingungen. Also stellten sie der Klinik ein Ultimatum: Entweder mehr Personal ab 01.02.2018-oder Arbeit nach Vorschrift und keine freiwilligen Leistungen mehr. Gleichzeitig gingen sie mit der Ankündigung einer Mahnwache in die Öffentlichkeit. Ergebnis: Die Klinikleitung knickte ein und sorgt für zusätzliche Kräfte. Das ist also möglich, wenn eine einzelne Abteilung mal ernst macht. Nur mal so geträumt: Was wäre erst möglich, wenn wir alle nicht nur die Zähne zeigen, sondern auch mal zubeißen würden.

Keine Angst vor Gefährdungsanzeigen

Mittelalterliche Despoten pflegten einst die Überbringer schlechter Nachrichten hinzurichten. Auf diese Weise wird zwar die Nachrichtenlage kurzzeitig etwas besser, die wirkliche Lage bleibt aber mies, auch wenn keiner mehr davon erzählt - bis den Despoten der verdiente Untergang ereilte. Immer mal wieder hören wir von Klinikleitungen, die zur alten mittelalterlichen Methode greifen wollen. So auch in Göttingen, wo sie einer Pflegerin wegen der Weigerung, eine wegen mangelnder Personalbesetzung abgegebene Gefährdungsanzeige zurückzunehmen, eine Abmahnung erteilten. Dafür gab es jetzt eine verdiente Klatsche vor dem Arbeitsgericht Göttingen. Die Richter stellten klar, dass Beschäftigte, die eine Situation subjektiv als Gefährdung empfinden nicht nur das Recht, sondern nach dem Arbeitsschutzgesetz die Pflicht zur Anzeige haben. Also, Hinrichtung durch Abmahnung ist nicht berechtigt. Auch als Tipp an Frau H aus B.

Das Vitamin C wird gemeinsam von der Revolutionär Sozialistischen Organisation und Kolleg_innen der Charité und CFM herausgegeben. Das Flugblatt soll nicht nur Sprachrohr der Beschäftigten sein, sondern auch zur Vernetzung und Information dienen. Wenn auch du was zu sagen hast, dann melde dich bei uns!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter flugblatt_charite@gmx.net || www.sozialistische-arbeiterstimme.org

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin